

# Festanstellungen statt Ein-Euro-Jobs

Grüne im Landtag fordern einen dritten Arbeitsmarkt für 5000 Hartz-IV-Empfänger

**Langzeitarbeitslose sollen auf einem dritten Arbeitsmarkt eine Chance bekommen. Die Idee der Grünen ist, befristete Beschäftigungen in dauerhafte, öffentlich geförderte Stellen zu wandeln und dafür 1500 Euro Monatslohn zu zahlen. Die FDP ist wenig überzeugt von der Idee.**

WIESBADEN - Hessens Grüne wollen 5000 Langzeitarbeitslose, die bislang in einem so genannten Ein-Euro-Job arbeiten, in dauerhafte Beschäftigungen unterbringen. „Nach zwei Jahren Hartz IV wissen wir, dass die meisten der Menschen keine Chance mehr auf dem ersten Arbeitsmarkt haben“, sagte Grünen-Arbeitsmarktexperte Marcus Bocklet in Wiesbaden.

Deshalb soll nun auf Wunsch der Grünen per Landtagsbeschluss für ein Drittel der

rund 15000 hessischen Ein-Euro-Jobber ein dritter Arbeitsmarkt geschaffen werden.

Auf diesem könnten dann Hartz-IV-Empfänger feste Stellen etwa bei gemeinnützigen Einrichtungen bekommen. Die Landesregierung, sagte Bocklet, müsse dafür sorgen, dass die bisherigen Zahlungen von Arbeitslosengeld II und Wohngeld sowie etwaige Zuschüsse für Fortbildungen in das Modell fließen können. Insgesamt rechnet Bocklet 1200 Euro Monatslohn vor, zu denen der Arbeitgeber noch einmal 300 Euro hinzugibt. Der Beschäftigte müsse davon dann auch Rentenversicherungsbeiträge zahlen.

„Das Geld wird bislang schon ausgegeben“, sagt der Politiker. „Auf dem dritten Arbeitsmarkt zahlt der Staat dann aber für sinnvolle, dauerhafte Jobs, die in der Gesellschaft anerkannt sind.“ Anstatt „Arbeitslosig

keit und zuhause bleiben“ würde dann Arbeit finanziert. Viele der Langzeitarbeitslosen wollten arbeiten und nicht mehr „am Rande der Gesellschaft“ leben. 163000 Menschen in Hessen sind laut Bundesagentur für Arbeit ein Jahr oder länger arbeitslos.

Die FDP bezeichnete den Vorschlag der Grünen als „bürokratisch und wirklichkeitsfremd“. Nach Ansicht der Liberalen sollten eher Arbeitnehmer, die zu wenig für den Lebensunterhalt verdienen, auf unbürokratische Weise finanziell unterstützt werden.

„Wir wissen, dass es nicht einfach ist, die Bürokratie umzustellen – aber es kann funktionieren“, sagte Bocklet. Den Beweis lieferten bislang hessenweit 500 Hartz-IV-Empfänger, die per so genannten Entgeltvariante in einer sozialversicherungspflichtige Beschäftigung angestellt seien. JANA SCHULZE